

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 27

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin C. 2, Dreifaltigk. 8/9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 2. Juli 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gelapptene Klotzseite 3 Mark; für Werbemittellieferer 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verbandsangelegenheiten usw. 1 Mark. • Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten • •

38. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die vom Verbandstag in Kassel beschlossene Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen soll mit dem 2. Juli d. J. in Kraft treten. Danach beträgt die Höhe der Verbandsbeiträge von der 27. Woche ab:

in Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
z. einem Verdienst	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
pro Stunde	bis 5.—	ab 5.—	ab 8.—	ab 12.—	ab 16.—
Beitrag	4.—	6.—	10.—	14.—	18.—

Für Lehrlinge (nur männliche Handwerkslehrlinge) besteht eine Extraklasse mit 1,50 Mk. Beitrag pro Woche.

Die Zugehörigkeit zu den fünf Beitragsklassen richtet sich nach der Höhe des durchschnittlich erzielten Stundenlohnes. Allen Mitgliedern (also auch den weiblichen) steht es also frei, in eine höhere Beitragsklasse zu steuern.

Die Zuteilung zu den einzelnen Beitragsklassen bleibt örtlicher Regelung vorbehalten. Sie soll jedoch in allen Orten möglichst einheitlich in der Art erfolgen, daß, entsprechend den in den Reichstarifen für den Ort jeweils festgelegten Lohnsätzen, an jedem Ort durch die Ortsverwaltung je eine Beitragsklasse für männliche und für weibliche Mitglieder festgesetzt wird, die dann — unter Zulassung nur ganz weniger durch geringen Verdienst bedingten Ausnahmen — für alle Mitglieder am Ort maßgebend sein muß.

Wir ersuchen die Gau- und Ortsverwaltungen, nun sofort auf Grund der für ihren Ort bzw. Bezirk geltenden tariflichen Stundenlöhne die für die Mitglieder vom 1. Juli ab in Betracht kommenden Beitragsklassen festzulegen und dann dahin zu wirken, daß auch alle Mitglieder in der ihrem Verdienst entsprechenden Beitragsklasse steuern.

2. Als Eintrittsgeld ist vom 1. Juli ab für Neuaufnahmen zur 1., 2. und 3. Beitragsklasse je 5 Mk. und zur 4. und 5. Beitragsklasse je 10 Mk. zu entrichten. Wiederholt Eintretende, welche wegen Resten gestrichen wurden, haben doppeltes Eintrittsgeld zu zahlen.

3. Erhöhung der Unterstützungsfähigkeit: Für den Bezug von Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung treten die vom Verbandstag in Kassel beschlossenen erhöhten Unterstützungsfähigkeit vom Sonntag, den 2. Juli, ab in Kraft.

Die Kassierer und Unterstützungsauszahler ersuchen wir, bei der Auszahlung genau darauf zu achten, daß ausgesteuerte Mitglieder, die schon vor dem 2. Juli den ihnen nach den bisherigen statistischen Bestimmungen zuzehörenden Höchstbeitrag bezogen hatten, erst dann erneut Unterstützung nach den neuen erhöhten Sätzen beziehen können, wenn vom Tage der zuletzt bezogenen Arbeitslosenunterstützung an gerechnet, erneut mindestens 39 Wochen verlossen und 39 Beiträge geleistet sind. (Bei der Krankenunterstützung nach 52 Beiträgen.)

Solchen Mitgliedern, die vor dem 2. Juli nur einen Teil der ihnen nach den bisherigen Bestimmungen zuzehörenden Unterstützung bezogen hatten, kann bei erneut eintretender Arbeitslosigkeit, sofern seit dem letzten Unterstützungstage weniger als 39 Beiträge geleistet sind (bei Krankheit weniger als 52 Beiträge) die Unterstützung nach den neuen erhöhten Sätzen bis zum neuen Höchstbetrage weiter gezahlt werden, wobei jedoch der bereits vor

dem 2. Juli bezogene Betrag in Anrechnung gebracht werden muß.

Die Berechnung der Grundlage für den Unterstützungsbeitrag hat stets nur in der Art zu erfolgen, daß alle bis zum Beginn des Unterstützungsbezuges — erster Unterstützungstag — insgesamt geleisteten Beiträge zusammengezählt werden. Für solche Mitglieder, die schon vorher einen Teil der Unterstützung bezogen hatten, ohne ausgesteuert zu sein, gilt als Grundlage immer nur die Beitragszahl, die beim Beginn des Unterstützungsbezuges festgestellt war.

Die Höhe der Unterstützungsfähigkeit ist aus dem neuen „Auszug aus dem Statut“ ersichtlich, von welchem allen Verwaltungen bereits eine größere Anzahl zugefandt wurde. Weitere Exemplare davon können bei Bedarf noch von uns bezogen werden.

4. Neuregelung der Bestimmungen für die Funktionär-Versicherungskasse. Einem Beschluß des Verbandstages in Kassel entsprechend (Antrag 256), sind für die seit dem Jahre 1913 bestehende Funktionär-Versicherungskasse die bisherigen Bestimmungen in folgender Weise abgeändert worden:

Allen als Funktionäre des Verbandes tätigen Mitgliedern wird für den Fall, daß ihnen infolge ihrer Tätigkeit für den Verband ein Unfall zustoßt, aus der Funktionär-Versicherungskasse des Verbandes Unterstützung nach folgenden Sätzen gezahlt:

a) Krankenunterstützung:
Für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit, jedoch längstens bis zu einem Jahre, wöchentlich 200 Mk.; für jedes Kind, dessen Ernährer der Unterstützungsempfänger ist, außerdem wöchentlich 20 Mk.

Wenn der Unterstützungsempfänger in seiner Krankenkasse ausgesteuert ist, wird die Unterstützung aus der Funktionär-Versicherungskasse für ihn in dreifacher Höhe gezahlt.

Während des Bezuges dieser Unterstützung wird die statistische Krankenunterstützung des Verbandes nicht gezahlt.

b) Sterbegeld:
Für verheiratete Mitglieder 3000 Mk., für unverheiratete Mitglieder 2000 Mk.

c) Witwenunterstützung:
An die Witwe eine fortlaufende Unterstützung von monatlich 300 Mk., bei Wiederverheiratung als Abfindung 2000 Mk.

d) Invalidenunterstützung:
An Vollinvaliden monatlich 300 Mk., an Halbinvaliden je nach dem Grade der Arbeitsbeschränkung monatlich 100 bis 200 Mk. Bei den zuletzt genannten drei Unterstützungsarten kann die statistische Invaliden- oder Hinterbliebenenunterstützung bei vorliegender Bezugsberechtigung nebenher bezogen werden.

Weibliche Funktionäre erhalten in allen Fällen drei Viertel der obigen Unterstützungsfähigkeit.

Witwenunterstützung wird allgemein nur für die Dauer eines Jahres gewährt, weiter laufend eventuell nur dann, wenn der hinterbliebene Ehemann Invalide ist.

An Beiträgen sind seitens der Gau- und Ortsverwaltungen für die Funktionär-Versicherungskasse zu zahlen: Für jedes männliche Mitglied jährlich 1 Mk., für jedes weibliche Mitglied 50 Pf. Diese Beiträge sind zu Beginn eines jeden Kalenderjahres für ein Jahr im voraus zu entrichten. Die Berechnung erfolgt auf Grund der Mitgliederzahl, die durch

die Abrechnung für das 4. Quartal des verfloffenen Jahres festgestellt wird.

Die Verbandskasse zahlt an die Funktionär-Versicherungskasse dieselbe Summe an Beiträgen, wie alle Gau- und Zahlstellen zusammen.

Diese neuen Bestimmungen gelten rückwirkend vom 1. Januar 1922 ab. Da für das laufende Jahr die schon im Januar fällig gewordenen Beiträge bisher nur nach den alten Sätzen gezahlt wurden, so ist jetzt von allen denjenigen Zahlstellen- und Gauverwaltungen, welche die Beiträge für das laufende Jahr bereits abgeführt haben, der gleiche Betrag mit je 50 Pf. für jedes männliche und 25 Pf. für jedes weibliche Mitglied, nach der Mitgliederzahl der Abrechnung vom 4. Quartal 1921 berechnet, nochmals an die Verbandskasse einzusenden.

Dieserjenige Gau- und Ortsverwaltungen, welche die Beiträge für das laufende Jahr seither noch nicht gezahlt hatten, müssen jetzt gleich den vollen neuen Beitrag mit 1 Mk. für jedes männliche und 50 Pf. für jedes weibliche Mitglied an die Verbandskasse abführen.

Die Kassierer der Gau- und Zahlstellen werden ersucht, diese fälligen Beiträge für die Funktionär-Versicherungskasse sogleich, spätestens jedoch noch vor dem 31. Juli, an die Verbandskasse einzusenden. Dabei ist auf der Rückseite des Umschlusses der Zahlkarte besonders anzugeben, welcher Betrag für diesen Zweck zu verbuchen ist.

5. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen vom 1. Juli an wöchentlich in

Beitragsklasse	1					2					3					4					5				
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.					
Barmen-Elberfeld	200	—	300	400	400	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
Dortmund	300	—	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300					
Chemnitz	100	—	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200					
Eisenberg	200	—	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200					
Göttingen	100	—	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100					
Hagen	100	—	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150					
Halberstadt	—	—	200	—	200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—					
Hannover	200	—	200	200	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300					
Kassel	100	—	100	100	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200					
Kottbus	150	—	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150					
Lahr	100	—	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100					
Leipzig	—	—	200	300	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400					
Limbach	200	—	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200					
Magdeburg	100	—	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150					
Nordhausen	—	—	100	100	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200	200					
Rürnberg-Fürth	300	—	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400					
Rostock	50	—	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100					
Zeitz	50	—	50	50	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100					
Gau Hannover	50	—	50	50	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100					

Der Verbandsvorstand.

Verhandlungen mit dem Api in Würzburg.

Der am 17. Juni v. J. in Weimar auf ein weiteres Jahr abgeschlossene Reichstarif für das Buchbindergewerbe und verwandte Berufe läuft bekanntlich am 30. Juni d. J. ab. Zur Erneuerung des Tarifs finden daher vom 26. Juli ab in Würzburg Verhandlungen mit dem Api statt, zu denen eine große Fülle von Anträgen vorliegen. Die Verhandlungen dürften sich daher voraussichtlich ziemlich in die Länge ziehen. Ueber das Ergebnis werden wir wohl schon in kommender Nummer unserer Zeitung berichten können.

Der Gewerkschafts-Kongress.

I.

Das Parlament der Arbeit, das nach den Erwartungen aller gewerkschaftlich interessierten Arbeiterkreise ein gutes Stück auf dem Wege gewerkschaftlichen Fortschritts zurücklegen sollte, stand in einem ganz besonderen Zeichen. Die gegebene wirtschaftliche und politische Situation drückte ihm ihren Stempel auf und bewirkte damit, daß der Kongress in seiner rein praktischen und sachlichen Arbeit, abgesehen von Einzelheiten, auf einer der heutigen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung durchaus würdigen Höhe stand. Wenn dies nicht reiflos in Erscheinung trat für alle diejenigen, die sich allzusehr von Feuerlichkeiten leiten und bestimmen lassen, dann findet das seine Ursache in der ausgesprochenen Redewut, die sich vom ersten bis zum letzten Tage in manchmal recht unangenehmer Weise bemerkbar machte. Die von den links orientierten Kreisen unserer Gewerkschaftspresse an der Haltung des Gewerkschaftsbundes geübte Kritik war scharf, doch immerhin sachlich und fast frei von persönlichen Noten. Dieses Moment söhnte etwas aus mit der allzu starken Unanspruchnahme der gegebenen Redefreiheit.

Unsere Gewerkschaften sind in ihrer Entwicklung über ihren früheren Aufgabebereich hinausgewachsen. Nicht nur ihre ziffernmäßige Stärke, die trotz des Auscheidens der AFD-Organisationen aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund weit mehr als 7 1/2 Millionen Mitglieder ausmacht, mehr noch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse verpflichten sie, sich mit Fragen zu beschäftigen, die sie vor dem Kriege zur Lösung der politischen Partei um so mehr überlassen konnten, als die Einheit der politischen Arbeiterbewegung und das natürliche Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften die Gewähr bot, daß die Bestrebungen und die Arbeit der Gewerkschaften durch die Einheit der politischen Arbeiterbewegung aufs Beste gefördert wurden. Die parteipolitische Zersplitterung der deutschen Arbeiterklasse, die einen Teil der Kraft, die zur Förderung der Interessen der Arbeiterschaft mehr denn je gebraucht wird, lahmlegt, zwingt die Gewerkschaften, die Geschicke ihrer Mitglieder selbst in die Hand zu nehmen. Dazu sind sie um so mehr gezwungen, als sie sonst Gefahr laufen, in den Streit der politischen Parteien hineingezogen zu werden. An Versuchen dieser Art hat es nicht gefehlt. Wer sich der Vorgänge auf dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg im Jahre 1919 erinnert, wird wissen, daß die damalige Opposition mit allen Mitteln versuchte, die Gewerkschaftsbewegung so einzustellen, daß sie zum Rekrutierungsfeld der parteipolitischen Opposition innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung gemacht werden konnte. Ein Gelingen dieser Absicht hätte ohne Frage zur Folge gehabt, daß unsere Gewerkschaften heute nicht mehr der Machtfaktor sind, den sie tatsächlich darstellen. Ohne Zustimmung der Gewerkschaften ist heute keine Regierung zu halten.“ So schrieben rechtsstehende Blätter zur Zeit des Kapp-Putsches und diese gegebene Macht durfte nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Die zahlreichen Begrüßungsansprachen der Gäste und ausländischen Delegationen an den Kongress nahmen den größten Teil des ersten Verhandlungstages in Anspruch, sie boten aber inhaltlich mehr als eine häßliche Verbeugung vor der Macht der deutschen Gewerkschaften. Jeder aufmerksamste Zuhörer mußte aus ihnen die ernste Mahnung heraushören, nicht rütteln zu lassen an der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wenn anders man nicht will, daß die erzwungenen Vorteile in Gefahr kommen sollen, nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland. Mit besonderem Nachdruck wurde dabei auf den Achtstundentag verwiesen, dessen Durchführung auch im Ausland gefährdet wird, sobald er in Deutschland durchbrochen werden sollte.

Die Kritik am Bericht des Bundesvorstandes bewegte sich in genau denselben Bahnen, die wir auf unserem Kasseler Verbandstag bereits kennengelernt haben. Auch nicht ein einziges anderes Moment wurde zum Vortrag gebracht. Und dabei können sich die Kritiker über mangelnde Redefreiheit nicht beklagen, denn fast die gesamte Diskussion wurde von ihnen bestritten. Schon vorher hatte der Kongress beschloffen, den drei politischen Richtungen je einen Generalkredner mit einer einstündigen Redezeit zuzubilligen. Daß damit eine Verkürzung der Debatte

bewirkt worden wäre, kann nicht gerade gesagt werden. Und so war es immer: Trotz — der Zeitnot entsprechender — ausführlicher Diskussion mußte diese doch jedesmal durch Schlußanträge abgebrochen werden, wobei sich dann die unangenehme Erscheinung zeigte, daß im Rahmen persönlicher Bemerkungen und Erklärungen und auch von Geschäftsordnungsdebatten sehr viel Zeit unnütz vertan ward. Für die Kommunisten sprach Walcher-Berlin, für die Unabhängigen Dismann-Stuttgart und für die Mehrheit Breyhannover. Die Kritik der beiden ersten war darauf abgestimmt, daß die Bundesleitung nichts — wie der eine —, nicht alles — wie der andere sagte —, getan habe, um den Bedürfnissen der Arbeiterschaft gerecht zu werden und — mit derselben Unterscheidung — auch die Durchführung der vom Bundesauschuss aufgestellten Forderungen nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten habe. Diesem Redner gegenüber stellte sich Brey auf den Boden der realen Tatsachen. Die Forderungen der Gewerkschaften und der Bundesleitung stellen zu einem Teile ein Programm dar, dessen Verwirklichung erstrebt werden müsse. Mit einer Kraft über Schätzung diene man der Arbeiterschaft nicht und auch der beste Glaube an den endgültigen Sieg genüge nicht. Dazu gehöre vielmehr erst noch harte Arbeit.

Die Debatte über den Geschäftsbericht ging bis zum dritten Verhandlungstag. In der Beschlusfassung über die vorliegenden Anträge bekundete der Kongress seinen Willen dahin, daß er sich die im November 1921 aufgestellten 10 Punkte des Bundesvorstandes zu eigen macht. Indem der Kongress mit Entrüstung konstatierte, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einschluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromisses keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betonte er, daß die aufgestellten 10 Punkte ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer erträglicheren gestaltet werden kann. Der Kongress beschloß daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen insbesondere die Erfassung der Sachwerte praktisch durchgeführt werden.

Die weiteren Beschlüsse zum Geschäftsbericht des Bundesvorstandes sind folgende:

Entschließung betr. Internationaler Friedenskongress.

Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands begrüßt mit begeisterter Zustimmung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund durch die Beschlüsse von Rom eingeleitete internationale Bekämpfung des Militarismus und des Krieges.

Die Friedensschlüsse von Versailles, St. Germain, Sevres, Niga usw. haben die Gefahr neuer Kriege eher verstärkt als beseitigt. Auch die Genue-Konferenz hat die erwartete Entspannung der Lage und die Abrüstung der Militärstaaten nicht gebracht. Der Militarismus ist vielmehr stärker denn je geworden und bedroht nicht nur ständig den Frieden der Völker, sondern hindert auch die Wiederherstellung der zerrütteten Wirtschaft der am Weltkrieg beteiligt gewesenen Länder. Der Völkerverbund wird zur Unmöglichkeit, solange nicht alle Regierungen auf den Austrag ihrer Streitigkeiten durch Waffen-gewalt verzichten.

Der Kongress erachtet es als notwendig, daß die Arbeiter aller Länder ihren Widerstand gegen den Krieg bekunden und in Einmütigkeit entschlossen den Kampf gegen die Friedensstörer aufnehmen.

Dem Vorschlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in Amsterdam im Dezember dieses Jahres einen Internationalen Weltfriedenskongress zu veranstalten, stimmt der Kongress zu und fordert die Gewerkschaften auf, sich an dieser internationalen Friedensstundegebung zu beteiligen.

Entschließung zur Frage der Brotverforgung.

Der Kongress nimmt Kenntnis von dem kritischen Stand der parlamentarischen Behandlung des Gesetzesentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Angesichts der Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags dem Drängen nach unbedingter freier Wirtschaft folgt, unterstützt der Kongress in letzter Stunde nochmals einbringlich alle Forderungen des Vorstands des ADGB, die in der Frage der Brotverforgung dem Reichstag, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder rechtzeitig unterbreitet wurden.

Der Kongress fordert, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, durch die die Brotverforgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völliger Ausschluß von Konjunktur- und Valutagewinnen sichergestellt wird.

Indem der Kongress nochmals auf die Folgen der von gewissen Kreisen der Landwirte geforderten freien Wirtschaft in der Brotverforgung hinweist, erklärt er, daß er für die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Zustände jede Verantwortung ablehnt.

Entschließung gegen die Teuerung.

Der Kongress nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den unausgesehen Bemühungen des Bundesvorstandes zur Bekämpfung des Lebensmittelmischers und der sonstigen über jedes berechnete Maß hinausgehenden Preistreiberien. Er bedauert lebhaft und spricht seine Enttäuschung darüber aus, daß diese Bemühungen durch Ablehnung der Vorschläge der Gewerkschaften in den meisten Fällen ohne Erfolg geblieben sind.

Die sprunghaft fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung zwingt die Gewerkschaften, in immer kürzeren Zwischenräumen Lohnerhöhungen zu fordern, die jeweils in steilem Kampfe mit den Unternehmern und gegen den Widerstand der Kreise durchgeführt werden müssen, die durch ihre maßlose Gewinnsucht die heutigen Zustände verschulden. Die Auswucherung der breiten Massen des Volkes nimmt täglich bedrohlichere Formen an. Die Folge ist eine ständig zunehmende Verelendung. Die stattgefundenen Lohn- und Gehaltserhöhungen haben mit der Verteuerung der Lebenshaltung längst nicht gleichen Schritt gehalten. Die Spanne zwischen Arbeitslohn und notwendigen Lebenshaltungskosten ist immer größer geworden. Zurzeit deckt das Durchschnittsarbeitseinkommen höchstens nur noch die Hälfte des notwendigen Unterhalts, gemessen an den Verhältnissen von 1914. Es ist also eine für die Volksgesundheit geradezu bedrohliche Senkung der Massenlebenshaltung eingetreten, die unweigerlich auch zu einer allgemeinen Herabdrückung der produktiven Leistungsfähigkeit führen muß.

Wenn die gesamte Arbeitnehmerschaft nicht unter der doppelten Last der Teuerung und einer ungeheuren Bürde an Steuern und Zöllen zugrunde gerichtet werden, oder aber die Gefahr der Selbsthülfe in bedrohlicher Weise heraufbeschworen werden soll, dann ist es dringend geboten, daß die Reichsregierung endlich wirksamere Maßnahmen gegen die Teuerung und ihre Urheber ergreift.

Entschließung zur Wohnungsfrage.

Der 11. Kongress des ADGB begrüßt und billigt es, daß der Bundesvorstand nachdrücklich Einfluß genommen hat auf die Lösung der Wohnungsfrage und auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Bauförderung und Baustoffbeschaffung. Er begrüßt und billigt es fernerhin, daß einzelne Gewerkschaften aus eigenem Antrieb heraus Einfluß auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Produktion genommen und die Errichtung gemeinwirtschaftlich tätiger Betriebe gefördert haben.

Der 11. Kongress des ADGB beauftragt den Bundesvorstand,

1. die von ihm eingeleitete gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens und der Baustoffe weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungsmischer durch breitere Grundlages aufzunehmen müssen, wenn nicht wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung der ständig wachsenden Mißstände ergriffen werden;
2. die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbureau eine Zentralfstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Ueberführung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Bestrebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung, die auf dieses Ziel eingestellt sind, zusammenzufassen.

Ein neuer Reichsakkordlohnstarif.

In der Zeit vom 12. Juni bis mit 18. Juni haben zwischen Vertretern unseres Verbandes und solchen des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer in Leipzig Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis der Abschluß eines neuen Akkordlohnstarifs war.

Von unserer Seite haben an diesen Verhandlungen teilgenommen je ein Vertreter der Tarifkommissionen von Berlin, Leipzig, Stuttgart und München, zahlreiche Spartenvertreter, die in der Hauptsache aus den Leipziger Betrieben zugezogen wurden, und ein Vertreter des Verbandsvorstandes.

Die Verhandlungen hatten nicht den Zweck, einen Tarif zu schaffen, der der beteiligten Arbeiterschaft höhere Löhne bringen sollte, sondern es handelte sich darum, die Grundakkordlöhne so einzustellen, daß bei einem einheitlichen prozentualen Akkordzuschlag die Ziffer 31 des Hauptvertrages, wonach dem Durchschnittsarbeiternehmer es möglich sein soll, mindestens 15 Proz. mehr als im Zeitlohn zu verdienen, erfüllt wird. Gegenwärtig liegt es so, daß fast in allen Sparten die Grundlöhne nicht mehr stimmen. Bei Neuerschaffung des Tarifs im Jahre 1919 waren die Tarifpositionen in ihrer überwiegenden Mehrheit unzulänglich ganz richtig eingestellt. Wenn trotzdem es zu Unstimmigkeiten gekommen ist, so hat das seine Ursache darin, daß erstens einmal die Zeitlöhne der Frauen prozentual mehr gestiegen sind als die der Männer, andererseits aber auch darin, daß bei den jeweiligen prozentualen Erhöhungen nicht immer der richtige Prozentsatz getroffen wurde. Da der Akkordzuschlag prozentual immer einheitlich festgesetzt wurde, mußten naturnotwendig mit der Zeit die Frauenslöhne insbesondere vollkommen unzulänglich werden. Daraus erklärt sich ja auch, daß in den letzten Monaten wiederholt für die Folgerinnen und Hefterinnen besondere Akkordzuschläge vereinbart werden mußten.

Es galt jedoch auch die Frage zu prüfen, ob die derzeit gültigen 460 Proz. Akkordzuschlag in die Grundposition mit eingearbeitet werden sollten oder nicht. Man entschied sich dahin, die prozentualen Zuschläge nebenher weiterlaufen zu lassen und nur die Grundlöhne in entsprechender Weise aufzubessern. Es würde zu weit führen, wollten wir im einzelnen alle die Tarifpositionen nennen, die eine Aufbesserung erfahren haben. Wir glauben, daß einige Beispiele genügen werden, um zu erkennen, in welchem Umfange eine Veränderung vor sich gegangen ist.

Das gesamte Falzen in Abteilung 4 wurde um 20 Proz. bis 25 Proz. erhöht.

Abteilung 6, Falzen mit Maschine, um 10 bis 15 Proz. erhöht.

Abteilung 7, Zeitschriften, um 10 bis 20 Prozent.

In Abteilung 8, Perforieren, und Abteilung 10, Ruten, wurden neue Positionen geschaffen, die eine Besserstellung bringen sollten.

Abteilung 13, Bogen austun, wurde um 10 Proz. erhöht.

Abteilung 14, Bogen aufschneiden, wurde um 10 Proz. erhöht.

Abteilung 15, Karton ausreihen, wurde um 33 1/2 Proz. erhöht.

Abteilung 21, Karten brechen, wurde um 20 Proz. erhöht.

Abteilung 22, Bilder kleben, wurde um 10 Proz. erhöht.

Abteilung 23, Anhängen, wurde um 15 Proz. erhöht.

Abteilung 24, Patentfäße, wurde um 25 bis 50 Proz. erhöht.

Abteilung 25, Einstecken, wurde um 20 Proz. erhöht.

Abteilung 26, Zusammentragen, wurde um 15 Proz. erhöht.

Abteilung 27, Grabstoßen, wurde um 20 Proz. erhöht.

Abteilung 28, Broschüren ausreihen, wurde um 10 Proz. erhöht.

Abteilung 31, Kollationieren, wurde um rund 15 Proz. erhöht.

Abteilung 32, Heften (Draht und Faden) wurde um 25 Proz. erhöht.

Abteilung 34, Kleister geben, wurde um 20 Proz. erhöht.

Abteilung 35, Leimen, wurde um 10 bis 20 Proz. erhöht.

Abteilung 38, Beschneiden, wurde in seinen Formaten vollkommen umgestellt und um rund 10 Proz. erhöht.

Abteilung 41, Marmorieren, wurde um 20 Proz. erhöht.

Abteilung 43, Glätten der Marmor-schnitte, wurde um 15 Proz. erhöht.

Abteilung 44, Goldschnitte, wurde um 33 1/2 Proz. erhöht.

Abteilung 45, Abpressen, wurde um 50 Proz. erhöht.

Abteilung 46 und 47, Pappenschneiden, wurde um 10 Proz. erhöht.

Abteilung 51, Enveloppen, wurde um 10 Prozent erhöht.

Abteilung 52, Decken machen, wurde in viele Positionen umgestellt und um 10 bis 33 1/2 Proz. erhöht.

Abteilung 54, Halbleinwanddecken, wurde um 10 bis 25 Proz. erhöht.

Abteilung 56, Leder särfen, wurde um 25 Proz. erhöht.

Abteilung 57, Halbfranzbanddecken, wurde um 15 bis 50 Proz. erhöht.

Abteilung 58, Lederdecken machen, wurde um 10 bis 33 1/2 Proz. erhöht.

Abteilung 63, Blinddruck, wurde um 10 Prozent erhöht.

Entsprechend dieser Erhöhung wurden auch die Preise unter Abteilung 64 und 65 erhöht.

Abteilung 67, Fertigmachen: Zahlreiche Positionen wurden um 10 bis 15 Proz. erhöht. Das Einlegen wurde um 15 bis 25 Proz. erhöht.

Abteilung 69, Steife Broschüren, wurde um 10 bis 15 Proz. erhöht.

Abteilung 70, Kalendertaschen, wurde um 15 Proz. erhöht.

Abteilung 71 und 72, Wappen machen, wurde um 40 Proz. erhöht.

Abteilung 73, Bessere Broschüren, wurde in mehreren Positionen um 10 bis 25 Proz. erhöht.

Abteilung 74, Broschüren, wurde ebenso in mehreren Positionen um 10 bis 20 Proz. erhöht.

Abteilung 75, Fälszein, wurde um 15 Proz. erhöht.

Abteilung 76, Einschlagen: Die von unserer Kommission beantragten Neuerungen und Preis-erhöhungen wurden durchweg angenommen.

Wir bemerken hierzu noch, daß auch in den von uns nicht erwähnten Abteilungen nicht unwesentliche Änderungen zu unseren Gunsten vorgenommen wurden. Nicht unerwähnt möchten wir lassen, daß von Arbeitgeberseite auch Anträge vorlagen, die eine Zurücklegung der Preise forderten, so insbesondere beim Schnittmachen. Diese Anträge konnten jedoch abgewehrt werden. Ein paar Worte über das Inkrafttreten des neuen Tarifes. Es lag uns selbstverständlich daran, diesen Termin so früh wie möglich zu legen, da jedoch das Verhandlungsergebnis eine fast restlose Beseitigung der jetzigen Preisbestimmungen brachte, haben wir uns genötigt, einen Neubruck des ganzen Tarifes zu vereinbaren. Die Fertigstellung dieser Arbeit ist aber mit so großen technischen Schwierigkeiten verknüpft, daß voraussichtlich der Tarif nicht vor dem 1. September in Kraft treten kann. Genaues wird darüber noch vereinbart. Bis zu diesem Termin gelten die bisherigen Sonderzuschläge weiter.

Zusammenfassend möchten wir sagen, daß wir glauben, mit dieser Neuberatung die berechtigten Beschwerden beseitigt zu haben. Daß trotzdem noch manche Positionen übrigbleiben werden, die auch in der Zukunft zu Klagen Anlaß geben werden, dessen sind wir uns bewußt. In solchen Fällen wird es notwendig sein, durch betriebliche Vereinbarung einen Ausgleich herbeizuführen.

Gescheiterte Lohnverhandlungen in der Wellpappenindustrie.

Das Lohnabkommen zum Reichstarif für die Wellpappenindustrie ist am 15. Juni abgelaufen. Die Verhandlungen zur Erneuerung desselben, die am 23. Juni in Würzburg stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Es ist nicht gelungen, den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohn erhöhungen von den Arbeitgebern zu erlangen.

Am Reichstarif für die Wellpappenindustrie sind auf Arbeitnehmerseite neben unserm Verbands noch

der Verband der Fabrikarbeiter und der Zentralverband der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter beteiligt. Nach einer Verständigung unter den beteiligten Verbänden begründete deren Sprecher die vorgelegte Forderung, nach der der Tariflohn in allen Ortsklassen für die Arbeiter um 6 Mk., für die Arbeiterinnen um 4 Mk. pro Stunde erhöht werden sollte. Die Arbeitgeber lehnten ein Eingehen auf diese Forderungen gatt ab. Vergeblich war der Hinweis auf die durch amtliche Statistik festgestellte Erhöhung der Teuerung im Monat Mai und auf die gerade in den letzten Wochen wieder einmal sprunghaft erfolgte Steigerung vieler Lebensmittelpreise. Ein erhebliches Anwachsen der Teuerung über das beim Abschluß des letzten Lohnabkommens bereits berücksichtigte Maß wurde von Arbeitgeberseite einfach bestritten. Vergeblich war auch der Hinweis auf die unserm Verbandsvorstande aus verschiedenen Wellpappennorthern zugegangenen Notschreie und auf wesentlich höhere Löhne in anderen Industrien in größeren und kleineren Orten der Branche. Nach den Erklärungen der Gegenseite sollen die geringe Verdienstmöglichkeit in der Branche, die gegenwärtig unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse und teils noch niedrigere Löhne in manchen anderen Industrien eine weitere Steigerung der Löhne in der Wellpappenindustrie einfach nicht zulassen.

Nach langer Aussprache erklärten sich die Arbeitgeber bereit, bei unveränderter Verlängerung der bisherigen Tariflöhne für die Zeit vom 15. bis 30. Juni vom 1. Juli ab bei Festlegung bis Ende Juli eine Lohnhöhung zuzugestehen für die Männer von 10 Proz. und für die Frauen von 5 Proz., was eine Lohnhöhung bedeutet hätte für die Männer von 50 Pf. bis 2,20 Mk. und für die Frauen von 22 bis 66 Pf. für die Stunde. Dieses Angebot wurde von den Vertretern der Arbeitnehmer ebenso gatt abgelehnt, wie vorher die Forderung der Arbeitnehmer von Arbeitgeberseite.

Um überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, gingen schließlich die Arbeitnehmervertreter zurück auf die Forderung: Für die Zeit vom 15. bis 30. Juni Erhöhung aller Tariflöhne für Männer und Frauen um 10 Proz., und vom 1. Juli ab eine weitere Erhöhung der Männerlöhne an der Spitze um 4 Mk., mit angemessenen Abstufungen für die jüngeren Altersklassen und für Arbeiterinnen, wobei sie schon glauben, gewisse Vorbehalte machen zu müssen.

Als die Arbeitgeber auch jedes nähere Eingehen auf diesen Vorschlag ablehnten und erneut erklärten, über ihr Angebot nicht hinausgehen zu wollen, mußte festgestellt werden, daß eine Basis für eine Verständigung überhaupt nicht zu finden sei, was wieder den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben mußte.

Zu einer Beratung über beantragte Abänderungen im Ortsklassenverzeichnis ist es unter diesen Umständen überhaupt nicht gekommen.

Wie die Dinge liegen, besteht Aussicht auf das Zustandekommen eines unsere Kollegen befriedigenden Lohnabkommens auf zentraler Grundlage vorläufig wenigstens nicht. Es muß nun durch örtliche Verhandlungen und direkte Beeinflussung der einzelnen Betriebe versucht werden, zu einem besseren Ergebnis zu kommen. Da das bisherige zentrale Lohnabkommen abgelaufen ist, steht örtlichem Vorgehen nichts im Wege.

Fr.

Internationales.

Die Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten. Eine Industrie-Kommission des Staates New York hat die Dauer der Arbeitszeit in 17 Industrien mit ungefähr einer Viertelmillion Arbeitern untersucht. Die normale Arbeitszeit für männliche Arbeiter (ohne Berücksichtigung der Kurzarbeit während der Krise) verteilt sich folgendermaßen: 44 Stunden pro Woche = 10 Prozent, 45-48 Stunden = 50 Prozent, 49-51 Stunden = 17 Prozent, 52-54 Stunden = 12 Prozent, mehr als 54 Stunden = 11 Prozent. Im Staate New York dürfte jedoch die Arbeitszeit im allgemeinen kürzer sein als in andern Gliedstaaten.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund (American Federation of Labor) stellte Untersuchungen bezüglich der 44-Stunden-Woche an und hat schätzungsweise festgestellt, daß die 44-Stunden-Woche in 19 wichtigsten Industrien mit ungefähr 1 1/2 Million Arbeitern besteht, während 18 andere Industrien die Arbeitszeit von 44 Stunden pro Woche in einigen ihrer Abteilungen eingeführt haben.

Abrechnung der Verbandskasse.

Einnahmen.

Table with 2 columns: Description of income items and Amount in Reichsmarks (RM).

Ausgaben.

Table with 2 columns: Description of expenditure items and Amount in Reichsmarks (RM).

Bilanz.

Table with 2 columns: Description of balance items and Amount in Reichsmarks (RM).

Abrechnung des Verbandes

Abrechnung

Main table with 12 columns: Name of location, Membership numbers, Contributions, Expenses, and Balance. Includes sub-sections for various regions like '1. Gau Nordosten', '2. Gau Schlesien', etc.

Die Richtigkeit vorstehender Abrechnung sowie der Bücher und Kasse bestätigten:

Verlin, den 21. April 1922.

H. Garber, 2. Vorsitzender.

Die Revisoren:

Hr. Freudenreich, Wlba Wittger, G. Bratlow.

vom 1. Quartal 1922.
der Zahlstellen.

Conferenz-Nummer	Name des Ortes bzw. Gaues	Mitgliederzahl am Quartalschluß		Summa der Einnahmen		Summa der Ausgaben einschließlich Eingehandt		Eingehandt an die Verbandskasse		Am Ort behalten fürs nächste Quartal		Guthaben fürs nächste Quartal	
		männl.	weibl.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
92	Wieschen-Wehlar	31	2	2417	50	1812	90	1402	80	2019	37	—	—
93	Wilmstadt	57	24	5180	50	4050	40	3500	—	2821	19	—	—
94	Wannau	150	257	19530	50	20374	50	15000	—	—	—	3293	—
95	Weidelsberg	45	33	4710	50	3765	25	2750	95	3714	20	—	—
96	Weikerslautern *	19	131	—	—	7000	—	7000	—	—	—	5327	31
97	Wandel	44	14	3901	50	3321	30	2950	90	1531	10	—	—
98	Wiescheimbolden *	65	31	—	—	3000	—	3000	—	—	—	2192	64
99	Wimburg	11	10	1188	50	1214	90	1080	—	350	40	—	—
100	Wainz	51	126	8568	50	8533	90	6800	—	739	75	—	—
101	Winnheim-Ludwigshafen	137	164	16472	—	12529	25	10000	—	14822	57	—	—
102	Wurburg	16	21	2115	—	2584	90	2320	20	—	—	89	60
103	Neustadt-Wehrdt	21	26	2834	50	2273	20	1942	20	2048	49	—	—
104	Wirmajens	—	—	—	—	52	90	52	90	—	—	—	—
105	Waarbrillen	43	37	4690	—	6584	40	6000	—	10272	50	—	—
106	Waarbrillen	14	—	1768	50	1517	80	1000	—	250	70	—	—
107	Wiesbaden	66	119	8689	—	5625	05	4000	—	6450	75	—	—
108	Worms	29	47	3646	50	1404	10	1000	—	2242	40	—	—
109	D. Gau Thüringen	46	40	4842	50	477	31	75	—	9186	02	—	—
110	Wienburg i. S.-M.	23	33	3141	50	3327	40	2625	25	—	—	115	10
111	Wienstadt	23	71	2554	50	2239	95	1900	—	753	43	—	—
112	Wienach	14	17	1661	50	1876	65	1631	—	—	—	100	40
113	Wienberg i. S.-M.	157	185	19157	50	15949	—	10850	—	8141	63	—	—
114	Wienst	102	191	14199	—	17185	10	15000	—	4021	44	—	—
115	Wieschen	10	31	1501	50	1493	—	1300	—	41	03	—	—
116	Wera	72	241	13855	—	10096	55	8000	—	6543	36	—	—
117	Wernitz i. S.-M.	30	38	3992	—	3992	—	3374	35	—	—	—	—
118	Wespa	5	95	7487	50	7708	55	6000	—	5860	89	—	—
119	Wesenthal i. S.-M.	12	1	1476	—	1100	50	913	—	1340	80	—	—
120	Wesig	136	551	31138	—	29128	20	25000	—	12471	55	—	—
121	Walle a. d. Saale	136	79	—	—	3400	—	3400	—	—	—	1631	90
122	Wimena	33	13	2305	—	1860	20	1480	—	940	55	—	—
123	Wena	34	57	2856	50	3016	60	2700	—	189	55	—	—
124	Woburg	21	37	2688	—	1901	55	1500	—	1233	51	—	—
125	Wangensalza	14	96	4754	50	5620	65	4967	25	—	—	248	25
126	Wühlhausen i. Th.	17	79	3930	—	3455	90	2672	70	3160	30	—	—
127	Worbhausen	7	11	869	50	676	75	523	15	706	49	—	—
128	Wauernstein	3	21	645	—	610	48	463	70	498	20	—	—
129	Woda i. S.-M.	10	11	938	50	879	50	—	—	759	89	—	—
130	Wudolfsdorf	25	24	2128	30	762	65	500	—	2966	54	—	—
131	Wuhla	22	24	1714	50	1802	60	1594	60	766	50	—	—
132	Wassfeld a. d. Saale	90	50	6415	50	6352	30	5500	—	2056	22	—	—
133	Wschitz	16	28	1076	—	1492	10	1215	70	1773	28	—	—
134	Wschmalen	11	88	3205	—	3518	50	3000	—	145	17	—	—
135	Wschöden	136	10	8105	—	8068	80	7000	—	898	67	—	—
136	Sonneberg i. S.-M.	43	53	4865	—	4865	—	4284	—	—	—	—	—
137	Wethmar	10	—	806	—	1980	80	900	—	740	15	—	—
138	Weichenfels	29	135	6262	—	5039	40	3988	—	5235	10	—	—
139	Zeit	338	503	36170	—	30152	45	14730	80	20747	85	—	—
140	10. Gau Sachsen	1142	741	86190	50	84084	32	65000	—	16445	76	—	—
141	Wannau-Buchholz	22	119	4911	—	4704	40	3900	—	1675	55	—	—
142	Wae i. Gräb.	12	76	3363	—	3756	85	3300	—	—	—	103	10
143	Wandels	81	55	6040	50	5967	10	5000	—	3574	55	—	—
144	Wargstädt	361	1063	64699	—	54639	65	38000	—	16393	42	—	—
145	Wernitz	19	260	11980	50	11141	35	9600	—	1940	51	—	—
146	Wernitzschau	985	6888	305877	75	300474	64	120150	—	25146	29	—	—
147	Wesden	25	32	2968	—	3466	70	3000	—	513	25	—	—
148	Weserhagen-Neugersdorf	10	23	1304	—	625	10	500	—	1231	90	—	—
149	Wesberg i. S.-M.	32	13	2623	50	2121	10	1842	50	2356	54	—	—
150	Weslau	79	338	15616	50	14880	40	12520	—	—	—	130	75
151	Wesma	7	43	2208	50	2196	25	1802	70	1954	75	—	—
152	Wespa	3053	6207	482408	—	435285	—	334036	—	60337	51	—	—
153	Wespa	201	86	14586	50	11633	94	9503	94	19456	50	—	—
154	Wespa	26	63	3590	50	2952	70	2500	—	971	71	—	—
155	Wespa	24	85	5213	50	5749	40	5000	—	1744	80	—	—
156	Wespa	50	47	4789	50	3554	—	3075	—	1617	71	—	—
157	Wespa	289	136	19803	50	17897	15	15000	—	7681	23	—	—
158	Wespa	22	41	2567	—	1943	85	980	25	1907	44	—	—
159	Wespa	18	43	2561	—	862	40	534	50	2250	50	—	—
160	Wespa	39	—	2466	50	1255	25	1000	—	2393	39	—	—
161	Wespa	7	137	5679	50	7182	59	6549	79	1980	30	—	—
162	Wespa	6	19	971	—	780	60	603	20	823	43	—	—
163	Wespa	78	357	19748	50	19720	20	17000	—	1245	34	—	—
164	Wespa	50	120	8863	—	8411	50	7500	—	635	05	—	—
165	Wespa	52	161	9615	—	6507	20	5000	—	4723	32	—	—
166	Wespa	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
167	11. Gau Württemberg und Baden	37	82	5372	50	4183	34	4000	—	2424	26	—	—
168	Wespa	33	65	3660	50	4000	85	3500	—	57	55	—	—
169	Wespa	56	76	6798	50	6337	40	5500	—	5164	55	—	—
170	Wespa	106	196	14757	50	13809	50	11999	—	9531	61	—	—
171	Wespa	480	685	53629	50	53443	20	40000	—	10387	29	—	—
172	Wespa	237	1065	53460	50	49601	39	35000	—	16864	55	—	—
173	Wespa	94	314	17295	—	16055	90	14000	—	8141	30	—	—
174	Wespa	35	98	4614	—	4139	50	3083	90	2707	72	—	—
175	Wespa	483	769	57345	—	57840	20	38000	—	3648	29	—	—
176	Wespa	25	52	3294	—	330	70	—	—	3282	74	—	—
177	Wespa	282	243	28768	—	27554	40	20000	—	2950	23	—	—
178	Wespa	105	81	10597	50	6691	00	4000	—	8273	30	—	—
179	Wespa	1242	2038	142570	—	132772	92	90000	—	13544	89	—	—
180	Wespa	254	787	43611	50	36368	90	22000	—	20951	74	—	—
181	Wespa	21	112	5943	50	5473	50	4900	—	496	04	—	—
182	12. Gau Nordbayern	44	42	4948	—	467	20	143	—	6497	39	—	—
183	Wespa	9	21	1385	50	1133	50	991	50	777	03	—	—
184	Wespa	20	18	1748	50	1291	65	1000	—	783	50	—	—
185	Wespa	109	178	13696	50	14218	70	11000	—	1001	30	—	—
186	Wespa	386	2425	112748	—	87773	14	28000	—	21314	33	—	—
187	Wespa	33	64	5441	—	3501	10	2618	60	4701	20	—	—
188	Wespa	14	45	2455	50	1828	55	1500	—	1512	27	—	—
189	Wespa	60	99	7594	50	5857	40	5000	—	3540	55	—	—
190	13. Gau Südbayern	50	146	7743	—	5173	08	4600	—	2825	68	—	—
191	Wespa	42	102	6710	—	5179	25	3900	—	8646	22	—	—
192	Wespa	16	30	2814	50	2727	80	2350	—	390	30	—	—
193	Wespa	541	2124	125412	80	11058	77	72848	30	21049	82	—	—

Summa 25698 63850 4255980 75 3919429 70 2585877 41 997362 32 39091 58

* Abrechnung nicht eingehandt. ** Zahlstelle ist aufgelöst. *** Abrechnung vom 4. und 1. Quartal.

Abchluss der Zahlstellen und Gaue.

Einnahmen.	
Eintrittsgelder	83 540,50 Mk.
Beiträge	4 089 956,50 "
Ertragsbeiträge	172,-- "
Sonstiges	6 311,75 "
Zuschuß aus der Verbandskasse	126 000,-- "
Summa	4 255 980,75 Mk.
Am Ort behalten v. 4. Quartal 1921	653 092,86 "
Guthaben der Zahlstellen für das 2. Quartal 1922	83 091,58 "
Summa	4 942 165,19 Mk.
Ausgaben.	
Arbeitslosenunterstützung	66 57

zu unserem Verband über. Diese Zugänge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen:

a) männliche:

1. Beitragsklasse 189 Eintritte und 4 Uebertritte	
2. " " " " " " " "	5
3. " " " " " " " "	85
4. " " " " " " " "	129
5. " " " " " " " "	194

b) weibliche:

1. Beitragsklasse 873 Eintritte und 19 Uebertritte	
2. " " " " " " " "	97
3. " " " " " " " "	901

An Eintrittsgeld wurden 33 540,50 Mk. entrichtet, davon 6977 Mk. von männlichen und 26 563,50 Mk. von weiblichen Mitgliedern.

An Beiträgen wurden geleistet:

W. Beitr. 4 848 Beiträge à 100 Pf. = 4 848,- Mk.	
1. Kl. 33 223 " à 150 " = 4 984,50 "	
2. " 290 " à 200 " = 58,00 "	
3. " 76 063 " à 250 " = 19 015,75 "	
4. " 607 154 " à 350 " = 212 503,50 "	
5. " 46 649 " à 500 " = 23 324,50 "	
6. " 172 " à 350 " = 60,20 "	
7. " 228 657 " à 650 " = 148 627,00 "	

Zus. 906 436 Beiträge = 4 089 936,50 Mk.

Von dieser Gesamtsumme der gezahlten Beiträge entfallen auf die männlichen Mitglieder 302 922 Beiträge = 1 795 204,50 Mk. und auf die weiblichen 603 514 Beiträge = 2 294 732 Mk. An Extrabeiträgen sind vom 4. Quartal 1921 nachträglich noch 172 à 1 Mk. = 172 Mk. gezahlt worden.

An sonstigen Einnahmen sind 6311,75 Mk. zu verzeichnen. Davon entfallen 5464,50 Mk. für zurückgezahltes Gehalt, 685,95 Mk. für zurückgezahlte Unterstellungen, 50 Mk. für Rückzahlung früher veruntreuter Gelder, 97,30 Mk. für verlorene Mitgliedsarten, Beitragsmarken usw. und 14 Mk. für Tarife.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gauen belaufen sich ausschließlich der Zuschüsse aus der Verbandskasse auf 4 129 880,75 Mk. An Zuschüssen aus der Verbandskasse waren 126 000 Mk. für die Zahlstellen und 147 963,22 Mk. für die Bezirksleiter, zusammen 273 963,22 Mk. erforderlich.

Von den Ausgaben entfallen für Arbeitslosenunterstützung 66 576,75 Mk. und für Krankenunterstützung 136 314,50 Mk. Diese Summen verteilen sich in folgender Weise auf die einzelnen Beitragsklassen:

Arbeitslosenunterstützung:

1. Klasse männl. — Mk., weibl. 97,- Mk.	
2. " " 168,- " " 1 919,50 "	
3. " " 479,75 " " 35 727,50 "	
4. " " 5 806,- " " — " "	
5. " " 22 879,- " " — " "	

Zus. männl. 28 832,75 Mk., weibl. 37 744,- Mk.

Krankenunterstützung:

1. Klasse männl. 78,- Mk., weibl. 568,80 Mk.	
2. " " 168,- " " 5 237,- " "	
3. " " 609,50 " " 88 638,95 " "	
4. " " 5 233,- " " — " "	
5. " " 85 421,25 " " — " "	

Zus. männl. 41 869,75 Mk., weibl. 64 444,75 Mk.

Invalidenunterstützung kam an 32 Kollegen im Betrage von 8715 Mk. zur Auszahlung.

Umzugsunterstützung wurde für 5 männliche Mitglieder der 5. Klasse in Höhe von 1155 Mk. bewilligt.

Hinterbliebenenunterstützung wurde in 20 Fällen in Höhe von 2545 Mk. ausbezahlt.

Für Rechtschutz war für 7 männliche und 4 weibliche Mitglieder der Betrag von 1369,25 Mk. zu zahlen.

Als Gemahregelte wurden 6 männliche und 2 weibliche Mitglieder mit zusammen 1516,50 Mk. unterstützt.

Witwensunterstützung wurde an zwei männliche und ein weibliches Mitglied zusammen 310 Mk. gezahlt.

Für Streiks und Lohnbewegungen wurden 378 296,13 Mk. verausgabt, davon für Streikunterstützung an 416 männliche Mitglieder 139 157,95 Mk. und an 890 weibliche Mitglieder 163 019,85 Mk.

Für außerordentliche Agitation wurden 3510,05 Mk. aufgewandt. Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben mußten 733 244,11 Mk. den Zahlstellen und Gauen beflissen werden. Der Ver-

bandskasse wurde der Betrag von 2 585 877,41 Mk. als Ueberfluß zugeführt. Als Vortrag für das zweite Quartal verblieben an den einzelnen Orten 997 262,32 Mk., dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 33 091,53 Mk. gegenübersteht.

In den Separatabrechnungen der Bezirksleiter sind an Einnahmen noch 412,70 Mk. für zurückgestattetes Porto zu verzeichnen, während an Ausgaben 197 944,63 Mk. zu befreiten waren. Diese haben einen Bestand für das zweite Quartal von 10 155,70 Mk., dem als Guthaben bei der Verbandskasse der Betrag von 61 320,04 Mk. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 2 658 883,73 Mk. und an Ausgaben 1 109 133,99 Mk. auf, so daß ein Ueberfluß von 1 549 749,74 Mk. verbleibt, wovon 105 665,10 Mk. auf die Reserven für die Invalidenunterstützung entfallen. Fr. Bender.

Die Ernährungslage Deutschlands

hat sich in den letzten Wochen insofern ganz bedeutend verschlechtert, als die Preise der wichtigsten Lebensmittel eine Höhe erreicht haben, die weite Kreise des deutschen Volkes erneut zur Einschränkung zwingt. Es ist bezeichnend, daß der Fleischkonsum zusehends zurückgeht. Die Schlächterläden und andere Lebensmittelgeschäfte sind selbst in den Stunden fast leer von Besuchern, die sonst die Hauptgeschäftszeit bildeten. Die Hausfrauen, die doch wahrlich in den letzten acht Jahren gelernt haben, sich einzurichten, befinden sich wieder in einer ähnlich schwierigen Lage, wie in der schlimmsten Kriegszeit. Herrschte damals wirklicher Mangel an Lebensmitteln, den jeder gewissermaßen als ein Schicksal ergehen himmeln, so wird heute die Situation noch dadurch verschärft, daß in den Schaufenstern Lebens- und Genußmittel aller Art reichlich ausliegen, aber insofern der sich überflüssigen Preissteigerungen für die Arbeiterbevölkerung und den kleinen Mittelstand nicht mehr erschweringlich sind. In den Kurorten und den Luxurystaurants der Großstädte schweigt trotz allem das Volk der internationalen Kriegsgewinnler. Der deutsche Angestellte und Arbeiter kann sich unter diesen Verhältnissen in seinem Urlaub kaum einer besonderen Erholung widmen, es sei denn, daß er sich in der glücklichen Lage befindet, ein Pachtgärtchen und eine Baube sein eigen zu nennen. Eine Urlaubsreise mit der Familie, und führte sie auch nur auf das bescheidenste Bauerndorf, würde die Finanzen des Haushalts so stark mitnehmen, daß wochen- und monatelange Entbehrungen des Notwendigsten die Folge sein müßten. Die Marktentwertung drückt sich augenblicklich noch stärker in der Verminderung der inländischen Kaufkraft als in der Steigerung des Dollarkurses aus. Nach den neuesten Meldungen aus London und Paris soll der Bantierausfluß die Beratungen über eine Reparationsanleihe schon in nächster Zeit wieder aufnehmen. Man darf jedoch auch in dieser Hinsicht die Erwartungen nicht allzu hoch spannen. Die Verhandlungen und Vorbereitungen für eine solche Anleihe beanspruchen sehr viel Zeit und werden ihre Rückwirkung auf die Preisbewegung im Inlande nicht von heute auf morgen äußern können. Vorläufig steht uns noch eine auf alle Fälle bedeutende Erhöhung des Brotpreises bevor. Nur eine der Notlage Deutschlands entsprechende Regelung der Umlagefrage kann uns vor schwersten sozialen und politischen Erschütterungen bewahren. Die bereits erfolgte Erhöhung der Eisenpreise und die zu erwartende weitere Verteuerung der Rohle wird außerdem eine entsprechende Bewegung an allen Warenmärkten nach sich ziehen, zumal sie zeitlich mit der Erhöhung der Gütertarife der Reichsbahn und der Steigerung der Goldzuschläge auf Zölle zusammenfällt. Angesichts dieser geradezu katastrophalen Verteuerung auf allen Gebieten richten sich die Blicke mit banger Sorge auf die österreichischen Verhältnisse, die leider nur zu oft in den letzten Jahren ein vorgezeichnetes Stadium der Entwürdigung darstellten, in der sich auch unsere Wirtschaft befand. Man kann nur hoffen, daß durch eine gründliche Neuordnung des Reparationsproblems uns jene Leiden erspart werden, die mit furchtbarer Wucht über das kleine Oesterreich hereingebrochen sind.

Was den Unternehmern ein gegebenes Wort gilt.

In der Leipziger Kartonnagenindustrie bestehen mit den Unternehmern Differenzen über die Bezahlung von weiblichen Lehrlingen unter 16 Jahren. Die Unternehmer stützen sich auf einen Schiedspruch des Unparteiischen, der vor zirka 2 Jahren erging und nach dem mit Behrmädchen unter 16 Jahren, die mit schriftlichem Lehrvertrag eingestellt wurden, die Löhne vereinbart werden können. Nach Ansicht der Arbeitnehmer sind die Löhne für diese jungen Mädchen im Tarif festgelegt. Es wurde deshalb auch der Schiedspruch als Fehlspruch bekämpft und auch nicht im Reichsstarif verankert, obgleich letzterer seit dieser Zeit zweimal neu abgefaßt wurde.

Trotzdem verurteilten die Leipziger Unternehmer nach diesem Schiedspruch zu verfahren. Die Organisation der Arbeiter sah sich deshalb im Vorjahr gezwungen, öffentlich dagegen in der Volkszeitung Stellung zu nehmen und die Eltern zu warnen, sich auf derartige Verträge einzulassen. Auch wurde der Berufsberatungsstelle Kenntnis von den Differenzen gegeben. Dadurch wurde das Vorgehen der Unternehmer im großen und ganzen eingestell.

In diesem Jahre schlugen die Unternehmer eine andere Taktik ein. Vor Ostern begaben sich die beiden Vorsitzenden der hiesigen Kartonnagenfabrikantenvereinigung, die Herren Hageganz und Leichter, zur Berufsberatungsstelle und verlangten eine größere Anzahl weiblicher Lehrkräfte. Auf die bestehenden Differenzen verwiesen, erklärten beide, die weiblichen Lehrkräfte nach den Reichsstariflöhnen zu entlassen. Nachdem sie die Erklärung auch der Arbeiterorganisation gegenüber wiederholten, wurde kein Einspruch mehr gegen die Einstellung solcher Arbeitskräfte erhoben. Wer nun geglaubt hätte, daß damit die leidige Angelegenheit aus der Welt geschafft sei, hatte sich gewaltig geirrt. Eine Unternehmerversammlung hielt sich nicht an das von ihren Vorsitzenden gegebene Wort, sondern beschloß, die Behrmädchen in den ersten Wochen kaum zur Hälfte des Tariflohns einzustellen. Nach diesem Beschluß ist dann auch gehandelt worden. Den Eltern wurde ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, nach welchem diese sich damit einverstanden erklärten, daß ihre Kinder kaum die Hälfte des Tariflohns erbielten. Leider hat sich auch ein Teil der Eltern gefunden, die solches taten, ohne sich vorher bei der zuständigen Organisation Auskunft eingeholt. Dadurch haben sie sich und ihre Kinder auf das empfindlichste geschädigt und auch der Allgemeinheit der Branchenangehörigen einen Bärendienst geleistet.

Das Vorgehen der Unternehmer zeigt, was auf ein Unternehmerwort zu geben ist. Die Handlungsweise verstößt gegen Treu und Glauben und die Öffentlichkeit möge sich darüber ihr eigenes Urteil bilden. In die Eltern der jungen Mädchen ergeht hiermit das Ersuchen, ihre Kinder nicht als Lohnbrüder den Unternehmern zur Verfügung zu stellen, sondern auf tarifliche Bezahlung zu dringen. Nur so können die Pläne der Unternehmer zunichte gemacht werden.

Auf falschem Wege.

Die Hauptaufgaben der Gewerkschaften sind, darüber gibt es in ihren Reihen keinen Streit: Die Eringung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hierzu gehört nun neben dem auskömmlichen Lohn in erster Linie die Arbeitszeitverkürzung. Die Gewerkschaften haben die ganzen Jahrzehnte wohl nur teilweise aber konsequent von Lohnbewegung zu Lohnbewegung stets die Arbeitszeitverkürzung mit gefordert und so der Arbeiterkraft den 10-, 9- und 8stündigen Arbeitstag errungen. Und daß die Arbeiterkraft die kürzere Arbeitszeit bzw. die längere Freizeit nicht mißbraucht, dafür haben die Arbeiterorganisationen stets in intensiver Weise gearbeitet und durch Bildungsgelegenheiten usw. dafür geforgt, daß die Arbeiter ihre oft äußerst mangelhafte Schulbildung vervollständigen und an den Kulturwerten unserer Zeit teilnehmen.

Wenn trotzdem besonders jetzt in der Nachkriegszeit nach Einführung des Achtstundentages sich öfter unangenehme Erscheinungen zeigen, wonach manche Arbeiter mit der kürzeren Arbeitszeit annehmend nichts Besseres anzufangen wissen, als nach Feierabend noch für einen andern Betrieb zu arbeiten oder auf eigene Rechnung sogenannte Pfuscharbeit zu machen, so hat das doch seine tiefen Ursachen. Und gerade die, die am allermeisten über solche Auswüchse schreiben, sind am allerletzten dazu legitimiert, der Arbeiterkraft einen Vorwurf daraus zu machen.

So schreibt z. B. das „Nachrichtenblatt des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes“ in Hannover hierzu folgendes:

„Bei der heutigen Regelung, die sich aus der Haltung des Reichsarbeitsministers ergibt, ist eine wirklich durchgreifende Bekämpfung des Puschertums, nämlich der nach Ablauf der achtstündigen Arbeitszeit erfolgenden Nebenarbeit gewerblicher Arbeiter nicht möglich. Die Verluſte, durch Abkommen mit den Gewerkschaften oder Betriebsräten den Anſug zu steuern, ſind in den meiſten Fällen mißlungen. Ebenſo haben Verhandlungen mit induſtriellen Unternehmen häufig keinen Erfolg gehabt, weil den betreffenden Kreiſen jedes Verſtändnis in dieſer Frage fehlt.“

Nun ſind aber u. E. gerade die Handwerksmeiſter am allerleichteſten dazu berufen, den Arbeitern deshalb Vorwürfe zu machen. Denn ſie ſind es, in deren Betrieben meiſtens die allerſchlechteſten Löhne gezahlt werden. Und da die Löhne im allgemeinen meiſt tief unter dem Exiſtenzminimum ſtehen, ſo iſt es menſchlich durchaus verſtändlich, wenn der Arbeiter zur Verbesserung ſeiner Noſlage zu ſolchen Mitteln greift, die ſelbſtverſtändlich auch von uns nicht gut geheißen werden können. Hinzu kommt ferner, daß die Gewerkschaften inſolge des gewaltigen Mitgliederzuſtroms in den letzten Jahren noch gar nicht ſo die Aufklärung und gewerkschaftliche Durchbildung dieſer neuen Mitglieder betreiben konnten, um ſie von der Schädlichkeit ihres Tun ſich und der Allgemeinheit gegenüber zu überzeugen.

Nach neuen dratoniſchen Geſetzesbeſtimmungen zu ſchreiben, wie es der Handwerkerbund tut, ſcheint uns jedoch das ſchlechteſte Mittel hierzu zu ſein. Man gebe den Arbeitern, was ſie zum Lebensunterhalt gebrauchen und man wird mit einem Schläge ſehen, daß die Arbeiterschaft nach getaner Werſtattarbeit kein Verlangen danach trägt, noch in einem andern Betriebe zu arbeiten oder zu puſchen, ſondern ſich glücklich preiſen würde, daheim der wohlverdienten Ruhe zu pflegen oder weiter an ſeiner Ausbildung zu arbeiten.

Berichte.

Mugaburg. Die am 7. Juni ſtattgefundene gut beſuchte Verſammlung, zu welcher auch Vertreter der Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter eingeladen und erschienen waren, nahm den Bericht vom Verbandstag entgegen. Die beiden Referenten, Kollegen Schregle und Schanung-München, arbeiteten gut zuſammen. Während Schregle hauptſächlich über Beitragserhöhung und Unterſtützungsweſen ſprach, verbreitete ſich Schanung über Tarifiſpolitik und graphiſchen Induſtrieverband. In der lebhaft einſetzenden Diſkuffion wurde die Beitragserhöhung ohne weiteres als notwendige Maßnahme hingenommen. Stärkeres Interesse hingegen wurde dem Punkt Induſtrieverband zugewendet, für welchen ſich ſämtliche Redner einſchließlich der anweſenden Vorſitzenden der Lithographen und Steindrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter warm einſetzten. Auch die Tarifiſpolitik der letzten drei Jahre wurde erörtert, die Arbeit des Tarifausschuffes im allgemeinen auch anerkannt, bei dieſer Gelegenheit jedoch bebauert, daß der Verbandstag in Vertretung der Verhältniſſe die Anſtellung eines Gauleiters für Süd-Bayern abgelehnt hat. Da Kollege Frauß als Gauleiter und Tarifausschuffmitglied ſtändig abweſend iſt, war der Gau in den letzten Jahren tatſächlich auf ſich ſelbſt angewieſen, ein Zuſtand, welcher auf die Dauer unhaltbar iſt. Um in dieſem Punkte mehr Klarheit zu ſchaffen, beſchloß die Verſammlung, den Vorſitzenden, Kollegen Schregle, zur Teilnahme an der nächſten Mitglieder- verſammlung nach München zu entſenden. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erreichte die Verſammlung nach faſt 5ſtündiger Dauer ihr Ende.

Barmen-Eiſerfeld. Am 20. Juni tagte eine ſehr gut beſuchte außerordentliche Generaſammlung, in der Kollege Wehler in eingehender Weiſe die Vorlage der Ortsverwaltung betr. Lokalbeiträge begründete. Er verwies zunächſt auf die Beſchlüſſe des Verbandstages in Kaſſel und betonte die Notwendigkeit der dort beſchloſſenen Beitragserhöhung. Wie die Verbandskaſſe, müſſe nun auch die Lokalkaſſe geſtärkt werden. Die Ausgaben für Druckoſten, Betriebsrätezentrale, Jugendpflege, des Bildungswefens uſw. ſteigen fortwährend. Auch müſſen wir unbedingt für bevorſtehende Kämpfe beſter gerüſtet ſein. Die Erhöhung der Gesamtbeiträge auf 1,50 M. für die Lehrlingskaſſe, 1. Klaſſe 6 M., 3. Klaſſe 13 M., 4. Klaſſe 18 M. und 5. Klaſſe 22 M. wurde dann auch einſtimmig angenommen. Ebenſo wurde beſchloſſen, den Haus- und Werkſtattkaffieren an Stelle der bisherigen prozentualen Anteile feſte Sätze pro Marke zu geben. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: Wahl eines Tarifausschuffmitgliedes wogegen der Vorſitzende, Kollege Klinter, auf die Beſchlüſſe des Verbandstages und auf die dieſesbezügliche Bekanntmachung des Verbands-

vorſtandes in der „Buchbinderzeitung“. Die Vertrauensmännerſigung in Eiſerfeld haben die Zahlſtellen Eſſen, Hagen und Ohligs ſowie den Kollegen Groenhoff in Vorſchlag gebracht. Da andere Vorſchläge nicht vorliegen, erübrigt ſich eine Wahl. Kollege Luſt bemängelte den Beſchluß des Verbandstages und ſtellte verſchiedene Anſagen, welche Kollege Groenhoff kurz beantwortete. Zum 4. Punkte der Tagesordnung gab Kollege Knüfer einen eingehenden Bericht von den Lohnverhandlungen in Leipzig. Einleitend verwies er auf die Unzufriedenheit in der Kartonnagenarbeiterschaft, die ſich ſchon bei dem vorigen Abſchluß zu einer Reſolution verſchiedet hatte. Die dieſesbezüglichen Anträge auf örtliche Zulagen ſeien aber damals nicht zur Annahme gekommen. Redner ſchäberte dann eingehend die Verhältniſſe bei den Verhandlungen in Leipzig und gab das Reſultat bekannt. Er verwies darauf, daß es gelungen ſei, für die Facharbeiterinnen nach dem 5. Berufsjahr noch eine örtliche Zulage von 70 Pfg. die Stunde herauszuholen, ſo daß für dieſe die geſamte örtliche Zulage 2 M. die Stunde beträgt. Die Spitzenſöhne der Facharbeiter betragen nun ab 16. Juni 22,85 M., Spezialarbeiter 23,45 M. die Stunde. Die Spitzenſöhne der Facharbeiterinnen 14,15 M., der Spezialarbeiterinnen 14,50 M. Kollege Knüfer glaubt, daß die Tarifiſkommiſſion das Mögliche getan habe und empfahl den Abſchluß zur Annahme.

Er der Diſkuffion wurde von ſeiten der Kolleginnen ſtark kritiſiert, daß ihre Löhne im allzu großen Abſtand hinter denen der Männer zurückbleiben. Auch wurde wieder auf den Abſtand gegenüber den Textilarbeiterinnen hingewieſen. Aus einer Firma wurde berichtet, daß der Inhaber ſich geküßert habe, die Löhne ſeien tatſächlich zu niedrig und dabei habe er zum Streit geraten. (?)

Kollege Knüfer ging auf einzelne Ausführungen ein und bezeichnede es als nichtsnutzig, wenn einzelne Arbeitgeber immer wieder durch ſolche Reden die Arbeiterschaft gegen die Tarifierer und den Verband aufzuheben verluſchen. Seitens der Verwaltung wurde zugeſagt, dieſen Dingen nachzugehen zu wollen. Mit einem Hinweis auf die Beiratswahlen fand die Verſammlung dann ihren Abſchluß.

Chemnitz. Eine ſehr gutbeſuchte Mitglieder- verſammlung fand am 12. Juni im Thaliahaus ſtatt. Die Tagesordnung war eine ſehr reichhaltige und umfaſſende 4 Punkte. Zuerſt gab Kollege Miering den Geſchäftsbericht, verlas die Zahl der Sigungen und Verſammlungen, welche im 1. Quartal geſagt hatten. Er dankte allen Funktionären für rege Mitarbeit am Verbandsleben, gab die Mitgliederbewegung bekannt und ermahnte am Schluſſe zu weiterer reger Mitarbeit. Anſchließend gab Kollege Kögler den Kaſſenbericht, ihm wurde auf Antrag Entlaſtung erteilt. Dann berichtete Kollege Miering über den Verbandstag in allen ſeinen Einzelheiten, gab die dort geſaßten Entſcheidungen und weiteren Beſchlüſſe bekannt, ſprach über die Reuregelung der Beiträge, ferner über Tarifi- und Jugendfragen und begründete die auf dem Verbandstage dahingehend geſaßten Beſchlüſſe. Eine rege Ausſprache knüpfte ſich an dieſen Punkt. Zur weiteren Tagesordnung ſpricht Kollege Kögler über unſere jetzigen Lokalbeiträge und betont, daß ſie in der jetzigen Höhe unzureichend ſeien. Neue Forderungen ſind auch örtlich an uns herangetreten, der Vorſtand hatte in ſeiner letzten Sigung eine Verdoppelung beſprochen und erhob dieſes zum Antrage für die Verſammlung. Nach weitgehender Ausſprache wurde der Vorſtandsantrag einſtimmig unter Beiſtand der Anweſenden angenommen. Zum 4. Punkte erhielt Kollege Pfüge das Wort zum Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Er gab in längerer eingehender Rede die Einzelheiten und Schwierigkeiten bekannt und verlas am Schluſſe die Spitzenſöhne beider Abkommen. Die Ausſprache wurde getrennt geführt. Die Redner der Buchbinderbranche teilten zwar nicht die Meinung des Tarifausschuffes; in einer eingebrachten Entſcheidung wurde das Erreichte angenommen und weitere Verbesserungen in Zukunft bei den Verhandlungen gewünſcht. Die Kartonnagenbranche war nicht ſo recht einverſtanden. Eine heftige Ausſprache ſetzte ein, an der ſich auch mehrere Kolleginnen beteiligten. Als Ergebnis der Ausſprache wurde folgender Antrag einſtimmig angenommen: „Die Arbeiterinnen der Euiſ- und Kartonnagenbranche in Chemnitz verlangen, daß beim nächſten Lohnabkommen die Facharbeiterinnen beſſer berückſichtigt werden. Die Lohnzulagen der Facharbeiterinnen ſind mit etwa 80 Proz. der Facharbeiterzulagen zu vereinbaren.“

Die Chemnitzer Facharbeiterinnen erluſchen die Kolleginnen in den deutſchen Kartonnagen- und Euiſorten, zu dieſem Antrage Stellung zu nehmen und ihre Tarifausschuffmitglieder aufzufordern, in dieſem Sinne zu wirken.“

Für den neu zu wählenden Tarifausschuff wurde Kollege Pfüge als unſer Vertreter vorgeschlagen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Pfüge

fand in ſpäter Stunde die intereſſante Verſammlung ihr Ende.

Dresden. Unſere Mitgliederverſammlung vom 24. Juni erfreute ſich einer regen Teilnahme. Kohl erläuterte nochmals eingehend die Beſchlüſſe des Kaſſeler Verbandstages betr. Beitragserhöhung. Für Dresden ſann auf Grund der tariſchen Verhältniſſe wie biſher nur die 3. Beitragſtaſſe für weibliche und die 5. Klaſſe für männliche Mitglieder in Betracht kommen. Gleichzeitig müſſen wir auch daran denken, unſere Lokalkaſſe zu ſtärken. Die Ortsverwaltung hat darum einſtimmig beſchloſſen, den Lokalbeitrag für Mitglieder in der 1.—3. Klaſſe auf 2 M. und in der 4. und 5. Klaſſe auf 4 M. zu erhöhen. Kohl ſchloß mit der Aufforderung, alle kleinlichen Bedenken zurückzuſtellen und nur die großen Aufgaben im Auge zu behalten, die unſerer Organifation noch harren. Die Diſkuffionsredner ſtellten ſich ſämtlich auf den Boden der Ausführungen Kohls und fordern auf, tatkräftig an der Durchführung der Kaſſeler Beſchlüſſe mitzu- arbeiten. Der Antrag auf Erhöhung der Lokalbeiträge wurde einſtimmig angenommen. Der nächste Punkt der Tagesordnung, die Vorarbeiten zur Wahl eines Angeſtellten und einer Hilfskraft für das Bureau ſowie Beſtätigung einer Wahlprüfungskommiſſion, brachte eine zum Teil erregte Debatte in Fluß. Der Vorſtand hatte beſchloſſen, die Wahl der Hilfskraft in einer erweiterten Vorſtandsſigung vorzunehmen. Dagegen wandte ſich vor allen Menſchen, der beantragte, auch die Wahl der Hilfskraft durch Urwahlen vorzunehmen. Die Ausſprache ergab Ablehnung dieſes Antrages. Die Aufſtellung der Wahlprüfungskommiſſion gab nochmals Anloß zu erregten Meinungsäußerungen. Die von der Ortsverwaltung vorgeschlagene Liſte wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ueber die Wahl zum Tarifausschuff berichtete Kohl. Nachdem zunächſt Meinungsverſchiedenheiten in der Ortsverwaltung darüber entſtanden waren, ob der Tarifausschuff auswechſelbar ſei und der Verbandsvorſtand dieſes verneinte, wurde Kollege Lange einſtimmig wiedergewählt.

Ueber neue Verhandlungen mit den Zigarettenfabrikanten berichtete Lange. Nachdem ſich herausgeſtellt hatte, daß Inſtimmigkeiten betr. Berechnung der Akkordproſente entſtanden waren, wurde auf neue Verhandlungen gedrängt. Dieſe haben ſtattgefunden. Die Unternehmer machten der Arbeiterschaft den Vorwurf, mit ihrer Arbeitſtraf zurückzuhalten und zu bremsen, indem ſie die Ueberſtunden verweigern. Lange wies demgegenüber auf die Verärgerung unter der Arbeiterschaft hin, da ſeitens der Unternehmer die Lohnfragen nicht zufriedenſtellend behandelt wurden. Als Ergebnis der Verhandlung ſam heraus, daß ſtatt der geforderten 162 Proz. nur 160 Proz. auf die Akkordpreiſe zuſtanden wurden. Kollegin Ulbrich erklärt, es müſſe für die Zukunft unbedingt darauf beſtanden werden, daß im Akkord 25 Proz. über Lohn verdient werde, doch ſolle man für dieſen Monat das Angebot der Unternehmer annehmen.

Von der Leipziger Jugendkonferenz erſtatet Borkert Bericht. Leider habe von den Delegierten nur ein Viertel aus Jugendliedgen beſtanden. Er hoffte, daß die Beſchlüſſe der Konferenz die Jugendfrage in den Gewerkschaften überall fördern werden. Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin ſei es, für die aufgeſtellten Richtlinien mit ganzer Kraft zu wirken.

Göhrig. Mit den Arbeitgebern der hieſigen Gaſanteriebranche iſt nachſteheres Lohnabkommen getroffen worden: Geſtärkte Arbeiter über 20 Jahre erhalten im Monat Juni 23,75 M., im Juli 25,85 M., Hilfsarbeiter über 20 Jahre erhalten im Monat Juni 21,60 M., im Juli 23,45 M., Arbeiter von 18 bis 20 Jahren erhalten im Monat Juni 17,25 M., im Juli 18,75 M. Der Lohn der Arbeiterinnen bewegt ſich im Monat Juni zwiſchen 13 M. und 7,15 M., im Monat Juli zwiſchen 14,10 M. und 7,75 M. Weiter wurde vereinbart, daß bei Eintritt außerordentlicher Verhältniſſe ab 16. Juli über neue Lohnſätze verhandelt werden ſoll.

Hirſchberg i. Schl. In der am 17. Juni 1922 abgehaltenen Mitgliederverſammlung der Lüten- und Beutelbranche gelangte das Angebot der Unternehmer (Eiſenacher Abkommen) vom 13. Juni zur Ausſprache und Abſtimmung über Annahme oder Ablehnung. Kollege Bruck erſtatete den Verhandlungsbericht und legte den Entſcheid über die Annahme in die Hände der Mitglieder, da die Gau- wie Ortsverwaltung es mit ihrem Gewiſſen nicht vereinbaren können, dieſem Angebote zuzufimmen. In der lebhaften Diſkuffion aus der über 200 Köpfe zählenden Berufsgruppe wurde ſtarker Unwille laut, daß man uns zumutet, 13—17 Proz. Lohnhöhung für Juni und Juli hinzunehmen, zumal ſchon die verfürzte Arbeitszeit als Dämpfer den Arbeitern entgegengebracht wird. Dann erſt recht brauchen wir höhere Stundenlöhne, um den Unſtall nicht gar zu ſtark werden zu laſſen. Durch die ganze Verſammlung zog ſich wie ein roter Faden der gewaltſam zurückgehaltene Zorn über eine ſolche Zu-

mutung von seiten des Arbeitgeberverbandes. Denen, die zuletzt nach Jahrzehnte langem Warten die Segnungen des Tarifs zu spüren bekamen, sollen jetzt die ersten Märker abgetropft werden. Noch sind wir zurzeit tariflos und warten gespannt der Dinge, die da kommen. Einstimmig wurde in geheimer Abstimmung das Angebot der Unternehmer abgelehnt. Wir betrachten es als einen Faustschlag ins Gesicht, wenn wie hier Tropfen auf heiße Steine gegossen werden. Wir sind dessen gewiß, daß wir kein irrelevantes Spiel treiben. Denn wo nur irgendein Weg zur Verständigung führen kann, den wollen wir gerne gehen.

Abrechnung

von der Ausprägung in der Metall-Industrie in Nürnberg-Fürth.

Einnahmen:	
Von den laufend. Mitgliederbeiträgen verwendet	120218,— M.
Aus der Lokalkasse	29208,40 ..
Gesamteinnahme	155511,40 M.
Ausgaben:	
An 25 ledige Arbeiter	59870,— M. 11811,— M.
„ 72 Arbeiterinnen	66612,— „ 15440,— „
Für 38 Kinder	5236,—
Entschädigung an die Streikleitung	1000,—
Krankenkassenbeiträge	2042,40 ..
Gesamtausgabe	120218,— M. 29208,40 M.

Nürnberg, den 22. Juni 1922.
Fr. Weinläder. H. Josef. Joh. Ketter.

Sterbetafel.

Im Juni sind uns folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden:

- Berlin. Christian Rottmann, Buchbinder, 54 Jahre, Lungenentzündung.
- Richard Kny, Buchbinder, 28 Jahre, Lungentuberkulose.
- Hermann Grothe, Hilfsarbeiter, 26 Jahre, Lungentuberkulose.
- Anna Mielsch, Kartonarbeiterin, 61 Jahre, Schlaganfall.
- Emil Lornsfeld, Buchbinder, 49 Jahre, Darmkrebs.
- Gertrud Wanzlitz, Buchbindereiarbeiterin, 18 Jahre, Herzlähmung.
- Amanda Dameis, Buchbindereiarbeiterin, 44 Jahre, Herzschwäche.
- Charlotte Rönke, Buchbindereiarbeiterin, 26 Jahre, Lungenleiden.
- Mag. Ehrhardt, Buchbinder, 54 Jahre, Lungenleiden.
- Berta Bende, Buchbindereiarbeiterin, 58 Jahre, Herzleiden.
- Martha Barth, Buchbindereiarbeiterin, 24 Jahre, Lungenleiden.
- Ernst Tischer, Buchbinder, 25 Jahre, Unglücksfall.
- Barmen - Elberfeld. Wilhelm Frein, Musterartenarbeiter, 57 Jahre.
- Düsseldorf. Oswald Maurmann, Buchbinder, Tuberkulose.

- Frankfurt - Offenbach. August Brendt, Buchbinder, 65 Jahre, Magenkrebs.
- Alois Groh, Buchbinder, 60 Jahre, Unfall.
- Hannover. Emil Riepmann, Buchbinder, 39 Jahre, Herzschwäche.
- Celzig. Franz Langrod, Kartonnagenarbeiter, 62 Jahre, Herzschlag.
- Paul Falkenhagen, Buchbinder, 45 Jahre, Nierenleiden.
- Paul Krakowski, Buchbinder, 30 Jahre, Lungenentzündung.
- Fritz Schneider, Limier, 26 Jahre, Grippe.
- Martha Marr, Buchbindereiarbeiterin, 27 Jahre, Lungen Schlag.
- Marie Starke, Buchbindereiarbeiterin, 58 Jahre, Gehirngrippe.
- Plauen. Paul Wanger, Buchbinder, 45 Jahre, Gehirngrippe.
- Regensburg. Alois Wollfeher, Buchbinder, 35 Jahre, Lungenleiden.
- Stuttgart. Friedrich Lepple, Buchbinder, 62 Jahre, Herzleiden.
- Zittau. Ilse Jaksit, Buchbindereiarbeiterin, Freitod.

Allen ein ehrendes Andenken!

Zahlstelle Berlin.

Zur Feier des „Guten Montag“ am Montag, den 17. Juli 1922

Großes Sommerfest
in der 'Neuen Welt', Hasenheide 108-114

Gartenkonzert. * Spezialitäten ersten Ranges. * Raspertheater (für Kinder frei).
Feuerwerk. * Bei eintretender Dunkelheit großer Fackelzug für Kinder.

Großer Ball

--- von 4 Uhr an. ---

Eintritt in den Saal für Herren 5,— M., für Damen 3,— M.
Anfang des Konzerts Nachmittag 4 Uhr.

Eintrittskarten für Erwachsene 8,— M., Kinder unter 14 Jahren 1,— M.

An den Eintrittskarten für Kinder sind zwei Buns. Gegen Abgabe derselben erhält jedes Kind eine Stoklaterne gratis, ebenso eine freie Fahrt auf Karussell oder Schautel.

Die Kaffeeküche ist geöffnet, doch muß für Geschirr Pfand geleistet werden.

Eintrittskarten sind in allen Zahlstellen, bei den Werkstaben-Vertrauensleuten, sowie in unserem Bureau erhältlich. Eintrittskarten, welche in Kommission zum Verkauf genommen werden, müssen bis spätestens Sonnabend, den 22. Juli, abgerechnet sein, andernfalls gelten alle entnommenen Eintrittskarten als verkauft. Zahlreiche Beteiligung erwartet die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, bei Baum, Stadtschreiberstraße 47.

Monatsverammlung der Laubhummelfektion.

Betriebsräte und Vertrauensleute sind angewiesen, die in ihren Betrieben arbeitenden laubhummel Kollegen und Kollegen auf diese Verammlung aufmerksam zu machen. Regelmäßiges Erscheinen aller ist notwendig.

Michaellis, Dömann.

Decken- und Fertigmacher sowie Presser, Vorrichter, Nachher, Brochierer, Kleberinnen und Maschinenzalzerinnen

steht ein
E. A. Enders, Großbuchbinderei Leipzig.

Zur Leitung der Buchbindereiabteilung (12 Gehilfen und 25 Mädchen) unserer Werk- und Anzeigen-druckerei suchen wir zum baldigen Eintritt einen erfahrenen

Buchbindermeister

mit längerer Praxis in größerem Betriebe. Herren mittleren Alters, die das Gewerbe vollständig beherrschen, sicher kalkulieren und die Arbeiten vorteilhaft einteilen können, werden um ihre Bewerbung gebeten. Bei guten Leistungen gutbezahlte Dauerstellung.

Mannheimer Vereinsdruckerei Mannheim.

Grüne u. blaue Buchbinderschürzen
Größe 80/100 80/110 80/120
m. Band) 80,— 87,— 95,—
ab. Reite)



Arbeits-Joppen schwarzemiert
M. 180,—, 200,—
Schal 220,—, 230,—
Arbeits-Mäntel in denselben Farben
M. 280,—, 320,—
liefert
A. C. Volz
Fabrikation v. Berufsbildung.
Stuttgart, Bollstr. 77
Tel. 2355.
Verband Radn. Preise frei!

**Maschinen-
salzerinnen**
für Drehmaschinen Automaten,
sicht sofort
Großbuchbinderei Schauer
Berlin-Schöneberg
Hauptstraße 8.

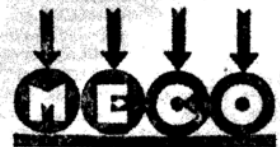
Einismacher
stellt sofort ein für lau-
fende Beschäftigung
Heinr. Otto Müller
Einismacherei
Magdeburg-Cracan.

Papiergeschäft
sowie 1 Heftschreibma-
schine, 65 cm Schmittl. Wapp-
schere, 110 cm Schmittl., sofort
preiswert zu verkaufen.
Berlin SO 36, Garzer Str. 89.

Ein tüchtiger
Etuisarbeiter
findet dauernde Beschäftigung.
W. Pfeiffer
Kopenhagen, Pilestræde 29.

Buchbinder
zur Beaufsichtigung und In-
standhaltung der Holz- und
Sestmaschinen gesucht.
Selbständige Vertrauens-
stellung. Ausführliche An-
gebote erb. unt. C. M.
an die Exped. d.ies. Zeitung.

Tüchtiger, längerer
Etuisanschläger,
sowie tüchtige
**Curustartonnagen-
arbeiter(innen)**
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Richter & Weibrauch
Etuis- und Kartonnagenfabrik
Chemnitz, Schillerstr. 30.



Trocken-Kleber, kaltwasserlöslich,
fornor
Kleistermehl für alle Buchbinderarbeiten
Mechler & Co., G. m. b. H.
Abt. Chem. Fabrik
Mannheim — Industriehafen.
Bei Anfragen Verwendungszweck angeben.